

Alexander Steinacher
Kirchbodenstrasse 38a
8800 Thalwil

al.steinacher@hispeed.ch

18. Jun. 2012

Frau Bundesrätin
Simonetta Sommaruga
Vorsteherin EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Sicherung und Gewährleistung von direkter Demokratie und Bundesverfassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Nun heisst es für die einen: Triumph und Sieg! Wir haben gewonnen! Was haben sie wirklich gewonnen- und wer hat gewonnen? Wohl all diejenigen, denen in unserem Land schon zu viel Demokratie herrscht, eine direkte Demokratie, die immer noch und vielleicht immer mehr versucht, die unter dem progressiv tönenden Ausdruck Öffnung getarnte, zunehmende Anpassung an Wünsche und Nötigungsversuche von ausländischen Machthabern und eher eigensinnigen Wirtschaftsvertretern zu behindern! Das wurde durch eine mächtige Propagandamaschinerie der Volksgehirnwaschanstalten, wie beispielsweise dem Tagesanzeiger Zürich, oder dem Schweizer Fernsehen, das ja von unseren Konzessionsgeldern lebt und agiert erfolgreich verhindert. Schlagworte, wie „schädlich für die Schweiz“ und exorbitante Zunahme von Volksabstimmungen, Wirtschaft schwächen und weitere unsinnige Behauptungen in allen Formen schafften es, das Volk zu verunsichern und vom eigentlichen Ziel der Initiative abzulenken; nämlich ganz einfach – dem Bundesrat ein rotes Warnlämpchen auf das Pult zu stellen, das dem Bundesrat warnend die Gültigkeit unserer Bundesverfassung in Erinnerung rufen sollte, wenn dieser in Verhandlungseuphorie und Druck von Wirtschaft und der arroganten EU-Bürokratie im Begriffe ist,

Verträge zu unterzeichnen, die mit unserer Bundesverfassung nicht kompatibel sind; nämlich ganz einfach dann, wenn solche Verträge eine automatische Übernahme von ausländischen Gesetzen und in der Folge gar Anerkennung von ausländischen Richtern und Gerichtsinstanzen zur Folge hätten.

Solche Verträge sind schon jetzt ungültig, wenn sie in nur einem Punkt unserer Verfassung widersprechen. (Z.B. Art 2 – Die Schweizerische Eidgenossenschaft **schützt Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.**)

Oder auch – Art 30 Gerichtliche Verfahren

1 -Ausnahmegerichte sind untersagt.

Das gilt selbstverständlich auch für alle ausländischen Gerichte!

(s. die Ideologische Erosion der Werte – Fremde Richter - na und? – Stopp für Initiativen, die gegen die Grundrechte... - Ausschaffung straffälliger Ausländer – und EU stellt der Schweiz Ultimatum wegen... - sowie Demokratie-Verwirrungen – und Irrungen...)

Am 16.6. steht in einem Bericht der Korrespondentin für den TA in Ägypten, Sonja Zekri:

„Die paranoiden Muslimbrüder begreifen nicht, welchen Wert Demokratie hat.“

Begreifen wir es wenigstens selber? Vor nicht allzu langer Zeit hat einmal der Journalist und Club-Hélvetique-Protagonist Roger „de“-Weck in einer Arena des SF entlarvend bemerkt: „da **müsse man dann ja nur wieder diese Volksabstimmung fürchten**“.

Schweizer Fernsehen – „Arena und Classe politique“ wie auch die Massenmedien allgemein sind ja die offiziellen Plattformen für die obligate Volksgehirnwäsche! Auch wenn man das natürlich offiziell anders nennt, wie Information usw. Doch da „passieren“ dann, dem aufmerksamen Mitglied des Souveräns nicht mehr entgehende, wohl eher ungeplante Selbstentlarvungen und teilweise Provokationen, die verstehen lassen, warum das Vertrauen zwischen Bürgern, dem Souverän und der Classe politique nicht mehr auf erfreulichstem Niveau stattfindet.

Sie selber, sehr geehrte Frau Bundesrätin haben sich in der letzten Sendung „Classe politique“ im SF DRS am 13.6. 2012 eine Provokation in diese Richtung geleistet, die ich als betroffenes Mitglied dieses Souveräns unter keinen Umständen einfach hinnehmen und gelten lassen darf!

Sie haben u.a. zum Schluss der Diskussion geäußert, eine Initiative über die Wiedereinführung der Todesstrafe müsse von Anfang an für ungültig erklärt werden. Wenn ich Ihnen dazu auch humanistisch begründbare Rechtfertigungen dafür eingestehe, muss ich Sie dennoch darüber informieren, warum ich und andere verantwortungsbewusste Demokraten in diesem Land durch solche Äusserungen provoziert werden:

Todesstrafe - dieser Begriff ist ein Absurdum an und für sich aus Staaten und Geschichte, die mit dem Verständnis unseres aus der direkten Demokratie entstandenen und gewährleisteten Rechtsstaates nicht das Geringste zu tun haben!

Todesstrafe kann es nicht geben. Denn eine Strafe muss eine nachhaltig erlebbare Sanktion für ein Verbrechen bzw. einen Gesetzesbruch sein, die den Bestraften erinnert und zwingt, sich mit dem Unrecht seiner Tat auseinanderzusetzen. Ein Ermordeter kann das nicht mehr! Die Sanktion ist deshalb der Schwere der Tat angemessen. Eine solche durch Richter und Gerichte, die auch nicht immer fehlerfrei sind (selbst unser Bundesgericht!) verhängte Sanktion kann allenfalls korrigiert oder verbessert werden. Deshalb können wir von unserem aufgeklärten moralischen Verständnis in unserem zivilisierten Staat von einem Recht sprechen, das der von uns eingesetzte Richter mit dem Strafurteil wahrnimmt!

Eine Todesstrafe kann es daher nicht geben, kein Mensch, auch kein gewählter Richter kann sich auf ein evolutionäres, stammesgeschichtlich, oder der Evolution der menschlichen Vernunft und daher humanistischen Ethik begründbares „Recht“ beziehen, einen anderen Menschen umbringen - ermorden zu lassen! Dazu kommt die Fehleranfälligkeit jeglichen menschlichen Denkens und Handelns. (Justizirrtümer, s.USA)

Todesstrafe gibt es in diesem Sinne nicht, sondern nur mehr oder weniger mit fadenscheinigen Begründungen ausgeführte (staatliche) Morde!

Nun ist es denkbar, sehr geehrte Frau Justizministerin, dass sich bei der stabilitätsverändernden Entwicklung des Soveräns durch z.B. schnelle Einbürgerung von Menschen aus „Kulturen“, wo eben „Todesstrafe“ ein Selbstverständnis ist, weil man seit Generationen (nicht nur selbstverschuldet) nichts anderes kennt, als Konfliktlösungen mit Gewalt - selbst in der eigenen Familie, und wo das Leben des Einzelnen ohnehin nicht viel gilt, und der Mensch in seiner Gesellschaft, seinem Heimatland auch nicht viel, bis gar nichts zu sagen hat, und deshalb für diese durch uns angesprochene Sensibilität jegliche Voraussetzung fehlt - bei uns in Versuchung kommen könnte, für besonders grausame Verbrechen, z.B. schwere Misshandlungen und Ermordung von Kindern usw. nach einer Initiative zur Einführung der „Todesstrafe“ zu verlangen. Mit einer gewissen Verständnisbereitschaft unsererseits für die allfälligen Emotionen der Wut und Verzweiflung.

Aber, jetzt trauen Sie unserem Souverän, also auch Ihnen selbst – und mir und vielen anderen verantwortungsbewussten und intelligenten Demokraten nicht zu, dass wir auch **diesen Minderheiten, die es immer gibt, nicht überzeugend erklären könnten, warum es „staatliche Ermordungen“ / Todesstrafen bei uns nicht geben kann?!**

Sie wissen es so gut wie ich, „Todesstrafen“ und weitere Scheusslichkeiten wie menschenrechtswidrige Gefängnisse und Strafen, sowie Folter gibt es genau in den Staaten, wo das Volk eben nichts zu sagen hat, ja nicht einmal über solche Dinge diskutieren darf, ohne zu riskieren, dafür verhaftet und in Gefängnisse gesteckt zu werden.

China, Afghanistan, Saudi Arabien, usw. und am Schlimmsten wohl Iran (Beilage „Iran 2012 – Zeichen der Agonie...“)

Wie sehr sich unterdrückte Völker nach Freiheit und der damit verbundenen Staatsform der Demokratie sehnen, haben Sie von Aung San Suu Kyi persönlich erfahren können. Und ich am letzten Samstag wieder einmal in einem dreistündigen Gespräch mit „echten Flüchtlingen“, Anwälten der iranischen Flüchtlingsorganisation.

Nach unserem aufgeklärten und humanistisch entwickelten Verständnis kommt der Rechtsstaat, der die Forderungen der Menschen nach Gerechtigkeit erfüllt, allein aus der demokratischen Form und Macht. Denn, auch Unrechtsstaaten der größten Art nennen sich Rechtsstaaten, sie haben alle ein „Recht“ in Form von Gesetzen, die von den mehr oder weniger geliebten Führern, Despoten, Mullahs, „Rechtsgelehrten“ und wie sie sich alle nennen, erlassen werden. Das ägyptische Verfassungsgericht hat gerade erst eine Volkswahl für ungültig erklärt. Gesetze, von wie auch immer abhängigen Juristen und Professoren geschrieben, können zwar einen Rechtsstaat, eben einen Staat mit juristischen Formen bilden, aber keine menschenwürdige Zustände im Sinne unserer Bundesverfassung – eben Gerechtigkeit schaffen!

Dieses Verantwortungsbewusstsein, die Freiheit über alles denken und sprechen zu können ist ein für uns wichtiger Bestandteil unserer Bundesverfassung! Wir lassen uns das nicht einschränken! Damit kommen wir zurück auf unserer Rechtslage und die vom Volk verworfene Staatsvertragsinitiative!

Das Volk wurde wieder einmal äusserst geschickt beschwindelt und manipuliert. Dabei ging es einzig allein um eine zusätzliche, demokratische Kontrollmöglichkeit, ohne neue Gerichte (Verfassungsgericht)! Hält sich der Bundesrat in seinen staatlichen Handlungen strikte an unsere Bundesverfassung, braucht es keine einzige zusätzliche Volksabstimmung dazu!

Heute frohlockten die beauftragten Medien, wie der Tagesanzeiger nach der „gewonnenen“ Abstimmung noch einmal *mit einem Gehirnwaschpulvernachschuss auf einer geballten Ladung Zynismus mit Titeln wie:*

Sieg für die Demokratie – Die Bevölkerung will keinen Leerlauf. – „der herbeigeredete Mangel bei der Mitsprache.. existiert nur in den Köpfen der Isolationisten!“

„Isolationisten“ – verantwortungsbewusste Bürger, die sich allein um die Einhaltung unserer einmaligen Bundesverfassung, unserer Existenzgrundlage Sorge machen!

Es sind genau diese Respektlosigkeiten und Zynismen, die dem Vertrauensverhältnis zwischen mindestens einem Teil der Bevölkerung, also des Souveräns, und der Classe politique keine positiven Dienste oder Impulse leisten. Aufgeheizt von unseren Medien!

Es schadet meiner – und vieler anderer Meinungen nach nicht, wenn die Justizministerin selber keine Juristin ist. Wir hoffen aber erst recht auf mehr Unabhängigkeit, eine Kultur der Vernunft und nicht Beeinflussbarkeit von sogenannten Sachzwängen – aus welchen elitären Sachküchen auch immer!

In diesem Sinne verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Steinacher